

Tabak-Arbeiter

Nr. 28 / Bremen, den 9. Juli 1927

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. — Monatlicher Bezugspreis 40 Goldpfennig ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 Goldpfennig für die viergespaltene Petitzeile. — Schluß der Anzeigenannahme und der Redaktion Montag abend. — Verantwortlicher Redakteur: Ferdinand Dahms. — Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Karl Reichmann. — Druck: Bremer Buchdruckerei und Verlagsanstalt S. H. Schmalzfeldt & Co. — Sämtlich in Bremen.

Verbandsvorstand, Redaktion u. Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telefon: Sims Roland 8046. — Geld- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn. — Postfachkonto 6349 beim Postfachamt Howburg. — Bankkonto: Bankabteilung der Großhandelsbank Deutsche Konsumvereine m. b. H., Hamburg und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin. — Verbandsvorsitzender: Karl Reichmann. — Verbandsauschuß: E. Schone, Hamburg, Besenbinderhof 67, Zimmer 45/46.

Zwischen Wirtschaft und Politik

Der Deutsche Industrie- und Handelstag in Hamburg hat jetzt noch unbeantwortete Fragen über das Verhältnis der Wirtschaft und ihre Beziehungen zur Politik aufgeworfen. Der Deutsche Industrie- und Handelstag ist die Zentralorganisation der Industrie- und Handelskammern in Deutschland. Was diese halbstaatlichen Organisationen für die Industrie und den Handel im allgemeinen bedeuten, dürfen wir hier als bekannt voraussetzen. Auf der diesjährigen Tagung in Hamburg waren die Köpfe der deutschen Privatwirtschaft, der Regierungen und öffentlichen Körperschaften versammelt. Am bedeutungsvollsten war die Rede des derzeitigen Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius.

Man konnte dieser Rede mit desto größerem Interesse entgegensehen, weil Curtius innerhalb der Reichsregierung als der Gegenpol gegenüber den agrarischen Interessen namentlich in der Zollpolitik gilt. Der Zwiespalt in der Reichsregierung bezüglich der Wirtschaftsfragen trat in der letzten Zeit hauptsächlich dadurch zutage, daß auf der einen Seite in Anlehnung an die Weltwirtschaftskonferenz für eine allgemeine Zollsenkung plädiert wurde und in dem gleichen Atemzuge Zollerhöhungen ausgesprochen wurden. Curtius redete nun über diese Fragen in Hamburg und der Reichsernährungsminister Dr. Schiele wenige Tage vorher in Stettin. Hält man diese beiden Reden zweier deutscher Reichsminister gegenüber, so empfindet man recht deutlich, daß beide eine recht verschiedene Sprache reden. Schiele tritt für Erhöhung der landwirtschaftlichen Zollsätze ein, während Curtius in der Ausgleichung der Zollsätze der verschiedenen Staaten das Heil der deutschen Wirtschaft sieht.

Aber auch sonst bot die Rede des Reichswirtschaftsministers Anhaltspunkte zur Beurteilung wirtschaftspolitischer Fragen. Ueber die Rationalisierung und den damit verbundenen Fragen äußerte sich Curtius u. a. folgendermaßen: „Ziel aller Rationalisierung muß eine Vergrößerung des Absatzes auf der Grundlage verbilligter Gütererzeugung sein. Senkung der Preise und entsprechende Steigerung des Realeinkommens ist der Weg, und wahrscheinlich der einzige Weg, auf dem sich eine Verbesserung der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen ohne Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft erreichen läßt. Die umgekehrte Entwicklung, die in einer gegenseitigen Steigerung von Preisen und Nominallöhnen besteht, führt zu keiner Besserstellung der Bevölkerung, muß den Absatz nach dem Auslande schmälern und damit rückwirkend eine Verteuerung der Waren auch im Inlande herbeiführen.“

Diese Worte stellen keine neue Weisheit dar. Die Gewerkschaften haben stets den Standpunkt vertreten, daß die Umstellung der Wirtschaft, soll sie für das gesamte Volk von Nutzen sein, sich in einer Senkung der Preise und einer Steigerung des Realeinkommens auswirken muß. Was haben wir aber statt dessen gesehen? Eine nennenswerte Senkung der Preise ist nicht festzustellen, sondern der Preispiegel hat sich mehr oder weniger in aufsteigender Linie bewegt. Was ergab sich für die Arbeitnehmerschaft daraus? Sie hat bereitwilligst und ohne Zögern die schweren Lasten der Rationalisierung auf sich genommen und lange Zeit hindurch getragen. Auf der anderen Seite hat sich ein greifbarer Erfolg als Ausgleich für diese Lasten nicht eingestellt. Und weil ein solcher Ausgleich ausblieb, mußte versucht werden, die Nominallöhne zu erhöhen. Curtius hat sich gegen diese Politik ausgesprochen. Konsequenterweise mußte er sich aber gesagt haben, daß gar kein anderer Ausweg blieb, wenn die von ihm gewünschten Erfolge von der anderen Seite nicht erreicht wurden.

Herr Curtius hat dann zur Zollpolitik der Reichsregierung den Grundsatz verkündet, daß man die Ungleichheit zwischen

den landwirtschaftlichen und dem industriellen Zollschutz durch einen entsprechenden Abbau der industriellen Zölle erreichen müsse. Die landwirtschaftlichen Zölle sollen also in der Höhe bestehen bleiben und die Industriezölle herabgesetzt werden. Daß die Industrie in ihren einzelnen Sparten nicht mit dieser Politik einverstanden ist, konnte man sich denken. Schon treten diese und jene Industriezweige auf und erklären, daß bei ihnen eine Senkung der Zollsätze nicht in Frage kommen könne. Es scheinen sich also harte Interessenkämpfe zwischen den einzelnen Industriegruppen und zwischen diesen und der Reichsregierung abspielen zu wollen. Die Arbeiterschaft wird der Regierung zur Seite stehen, wenn sie durch den Abbau der industriellen Zollsätze allgemeine Erfolge in der Welthandelspolitik zu erringen vermag. Deutschland ist stark genug, von sich aus den übrigen Staaten eine Erniedrigung der überhöhen Schutzzölle anzutragen. Gehen die mit Deutschland im Austausch befindlichen Länder auf diese Vorschläge ein, dann läßt sich durchaus eine Bereinigung der internationalen Handelsbeziehungen erreichen.

Die von dem Reichswirtschaftsminister verkündete Handelspolitik steht mit den Wünschen des Reichsverbandes der deutschen Industrie nicht in allen Teilen in Übereinstimmung. Der Reichsverband umfaßt bekanntlich alle Teile der Industrie. Daß die Industrie als Ganzes kein einheitliches Gebilde ist, braucht hier nicht auseinandergesetzt zu werden. Die Schwerindustrie hat durchaus andere Interessen als die Fertigungsindustrie. Ueberdies hat sich zwischen der Schwerindustrie und der Landwirtschaft ein überaus enges Verhältnis angebahnt. Der Reichsverband der deutschen Industrie ist natürlich nicht gegen die Regierung wie sie jetzt besteht. Im Gegenteil, man wünscht die Haltbarkeit der jetzigen Koalition mindestens bis zu den nächsten Reichstagswahlen. Zolldebatten rufen einen Kampf aller gegen alle hervor und gefährden zweifellos die Einheitlichkeit. Und diese möchte der Reichsverband auf keinen Fall gefährdet wissen.

Es sind also innerhalb der Industrie und innerhalb der Regierung Interessengegensätze genügend vorhanden. Starke Kräfte müßten wachgerufen werden, damit eine vernünftige Wirtschaftspolitik zum Ziele geführt werden kann. Der Reichsverband kann zweifellos nicht dauernd in einer solchen Zwitterstellung verharren. Die Teile der Industrie, die eine vernünftige Wirtschafts- und Handelspolitik zu unterstützen bereit sind, müßten sich gegen den Block Schwerindustrie und Landwirtschaft in geschlossener Front zusammenschließen. Es steht durchaus noch nicht fest, in welcher Weise dies möglich ist. Denn im Hintergrunde steht eine geschlossene Macht und das ist die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, der gegenüber man sich keine Blöße geben, sondern als einige Interessengruppe dastehen will. Der gemeinsame Gegensatz zur Arbeiterschaft wird also starke innere Kämpfe um zoll- und handelspolitische Fragen gar nicht aufkommen lassen.

Zwischen Wirtschaft und Politik besteht gegenwärtig ein Zustand der Spannungen. Die weltpolitische Lage und die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz verlangen nicht Worte, sondern Taten. In Worten hat es nicht gefehlt. Taten sind nur nach der entgegengesetzten Seite erkennbar gewesen. Wenn zwischen Wirtschaft und Politik starke Interessenkämpfe zwischen den verschiedenen Gruppen ausbrechen, dann muß wenigstens die Arbeiterschaft geschlossen zusammenstehen. Halten wir nach wie vor fest, daß die Politik der gegenwärtigen Regierung nur mit Hilfe der Arbeitergruppen in den christlichen Gewerkschaften durchgeführt werden kann. Auf diesen lastet also eine große Verantwortung. Die freie Gewerkschaftsbewegung muß eine klare Linie zur Richtschnur ihres Handelns

machen. Und diese kann nur darin liegen, daß die Interessen der Arbeiterschaft in allen Teilen wahrgenommen werden. Diese Interessen liegen in der Wahrnehmung einer großzügigen Reform der gesamten Schutzollpolitik. Wir werden den Reichswirtschaftsminister, soweit ihm Schwierigkeiten entstehen, unterstützen, jedoch muß erst eine klare Linie der Regierung erkennbar sein. Schaukelpolitik ist kein Boden für Reformen auf lange Sicht.

Kongreß der Kautabakarbeiter in Dänemark

Vom 25. bis 27. Juni fand in Svendborg der Kongreß der dänischen Kautabakarbeiter statt. Als Gäste nahmen an dem Kongreß teil die Kollegen Jensen und Andersen vom dänischen Tabakarbeiter-Verband und Husung vom Deutschen Tabakarbeiter-Verband.

Den Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes während der letzten Berichtsperiode erstattete der Verbandsvorsitzende Kollega Th. Nielsen. Aus demselben ging hervor, daß der Verband am Schlusse des Jahres 1926 insgesamt 750 Mitglieder zählte, darunter waren 530 weibliche Mitglieder. Im Jahre 1925 traten die Kautabakarbeiter anläßlich der Aussperrung der Tabakarbeiter in einen Sympathiestreik ein, der 5 Wochen dauerte und mit dazu beitrug, daß die Aussperrung der Tabakarbeiter zu deren Gunsten beendet wurde. Weiter wurde berichtet über die zwischen den beiden Verbänden geführten Verhandlungen, die zum Ziele hatten, eine Verschmelzung derselben herbeizuführen. Die Tätigkeit des Verbandsvorstandes fand die einstimmige Zustimmung des Kongresses. Der Verbandsbeitrag einschließlich des Hilfsfonds für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wurde auf wöchentlich 2.40 Kr für vollzahlende Mitglieder und auf 1.20 Kr. für halbzahlende Mitglieder festgesetzt. Beschlossen wurde ferner, daß arbeitslose und kranke Mitglieder ihre Beiträge weiter bezahlen können und daß diese Beiträge den Lokalkassen der örtlichen Zahlstellen verbleiben sollen. Die Vorschläge über die Neuregelung des Hilfsfonds wurden an den Vorstand zurückverwiesen. Dieser soll nach dem Inkrafttreten des neuen Arbeitslosenversicherungsgesetzes eine neue Vorlage ausarbeiten und den Mitgliedern zur Abstimmung unterbreiten. Ein Fonds in Höhe von 5000 Kronen wurde dem Vorstand zur besonderen Verfügung gestellt. Aus diesem können besondere Unterstützungen für Streiks in anderen Berufen und Ländern gezahlt werden.

Einen breiten Raum nahmen die Verhandlungen ein über die Verschmelzung des Kautabakarbeiter-Verbandes mit dem Tabakarbeiter-Verband. Die Vereinigung der beiden Verbände wurde auf der Grundlage der im Jahre 1924 ausgearbeiteten Vorschläge, die in weitgehendem Maße den Wünschen der Kautabakarbeiter Rechnung tragen, vom Verbandstag mit Zweidrittelmehrheit gutgeheißen. Da er aber zur endgültigen Beschlussfassung über diese Frage nicht berechtigt ist, muß eine Urabstimmung stattfinden. Um die Möglichkeit zu schaffen, daß alle in den Tabakfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in den neu zu schaffenden Verband aufgenommen werden können, wurde vorgeschlagen, den vereinigten Verband „Tabakindustrie-Verband“ zu benennen.

Für den Fall, daß in der Urabstimmung der Antrag auf Vereinigung der beiden Verbände abgelehnt werden sollte, beschloß der Kongreß, daß ein besseres Zusammenwirken der beiden Verbände bei den Lohnverhandlungen dadurch erfolgen soll, daß die Leitung des „Tabakarbeiter-Verbandes“ die Verhandlungen führt. Der Kautabakarbeiter-Verband delegiert 3 Mitglieder in die Lohnkommission zur Vorberatung der Lohnbewegungen, die gleichzeitig auch als Mitglieder der Verhandlungskommission gelten und an den Verhandlungen mit den Arbeitgebern teilnehmen.

Da der Kautabakarbeiter-Verband bisher der Landeszentrale nicht angeschlossen ist, wurde weiter beschlossen, daß im Falle der Ablehnung der Verschmelzung beider Verbände durch die Mitglieder des Kautabakarbeiter-Verbandes, sich dieser der Landeszentrale anschließen soll.

Beschlossen wurde ferner, daß der 1. Mai von allen Mitgliedern durch vollständige Arbeitsruhe gefeiert werden soll.

Die Streikunterstützung wurde auf 3 Kronen pro Tag festgesetzt und dem Vorstand die Ermächtigung erteilt, dieselbe erheben zu können, sofern sich herausstellt, daß unter Berücksichtigung der jeweils herrschenden Verhältnisse der festgesetzte Betrag unzureichend ist.

Nachdem noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt, der Verbandsvorstand wiedergewählt und als nächster Kongreßort Kopenhagen bestimmt war, wurde der gut verlaufene Kongreß geschlossen.

Anschließend an den Kongreß fand der Kongreß der Arbeitslosenkasse des Verbandes statt. Nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen muß die Arbeitslosenkasse besonders verwaltet werden, weil der Staat 35 Prozent und die Gemeinden 30 Prozent Zuschuß leisten zu den von den Mitgliedern aufgebrauchten Beiträgen.

Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß in der letzten Geschäftsperiode (5 Jahre) 173 000 Kr. an Arbeitslosenunterstützung gezahlt wurden. An Reisegeld wurden 338 Kr. verausgabt und an Weihnachtsgeschenken an arbeitslose Mitglieder wurden 6603 Kr. gezahlt. Der Kassenbestand der Arbeitslosenkasse betrug am 1. Mai 1927 101 153.56 Kr.

Auch dieser Bericht fand die einstimmige Billigung des Kongresses. Der wöchentliche Beitrag für die Arbeitslosenkasse wurde auf 80 Öere festgesetzt. Dieser Betrag ist in dem bereits oben erwähnten Verbandsbeitrag mit enthalten. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde der Kongreß geschlossen.

Hier Kulturträger — dort Parasiten

Die Nummer 25 der „Deutschen Werkmeister-Zeitung“ enthält einen interessanten Artikel ihres Schriftleiters über den kulturellen und staatspolitischen Wert der Gewerkschaften und über das geradezu verderbliche Verhalten der Unorganisierten. Der Artikel erscheint uns wichtig genug, daraus einige Sätze wiederzugeben:

„Wo wären heute die Arbeitnehmer ohne Gewerkschaften! Der Lebensstandard, die gesellschaftliche und staatliche Stellung der Arbeitnehmerschaft stehen und fallen mit der Größe und Stärke ihrer Organisationen. Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte kennt vor der Organisation der Arbeitnehmer nur Lumpenproletarier, also unterhalb ihres Existenzminimums vegetierende Menschen ohne Selbstbewußtsein und darum ohne Kraft zur Selbsthilfe. Der Tarifvertrag, fast das ganze Arbeitsrecht, alle neuere Sozialpolitik ist auf den Gewerkschaften aufgebaut und existierte ohne sie nicht. Welche großen materiellen Opfer haben ihre Mitglieder gebracht und bringen sie fortlaufend, um diese Erfolge zu sichern und auszubauen! Man kann sich ein Bild von der unheilvollen Bedeutung der Unorganisierten machen, wenn man weiß, wie oft die Arbeitgeber Verhandlungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen ablehnen, weil die überwiegende Mehrzahl ihrer Arbeiter unorganisiert sei. Von all den seelischen und materiellen Anstrengungen von Arbeitnehmergenerationen für ihre Gewerkschaften wissen und spüren die Unorganisierten nichts. Und trotzdem fließen ihnen nahezu alle Kampferfolge der Koalitionen zu, fallen ihnen mühelos als Geschenk in den Schoß. Damit schädigen sie aber auch die Allgemeinheit. Denn die Bedeutung der Gewerkschaften, die sie schwächen, geht heute weit über ihre Sorge für ausreichenden Lohn und erträgliche Arbeitszeit hinaus. Unsere Reichsverfassung gibt ihnen wirtschaftspolitische Aufgaben und schafft die Grundlage für wirtschaftliche und soziale Selbstverwaltung. Gegenwärtig ist die öffentliche Bedeutung der Gewerkschaften schon so groß, daß das staatliche und wirtschaftliche Leben ohne sie nicht mehr funktionieren könnte. Und von den Arbeiten in diesen Organisationen, von den damit verbundenen Pflichten, halten sich die Unorganisierten fern! Sie schaden damit nicht nur ihren Arbeitskollegen, sondern auch ihrem Vaterlande. . . Wie ist die große Menge unorganisierter Arbeitnehmer zu erklären, welche seelischen Gründe sind hier entscheidend? . . . Einmal ist es die unter den Menschen weit verbreitete Trägheit und Stumpfsicht, die keine, auch nicht die geringste Initiative aufkommen läßt. Die breite Masse der Arbeitnehmer, die täglich mehr als 10 Stunden arbeitet, ist ihr verständiglicherweise besonders leicht verfallen. Der Durchschnittsarbeiter, der abends todmüde nach Hause kommt, will von Dingen, die nicht ganz unmittelbar mit seiner körperlichen Existenz zusammenhängen, nicht belästigt werden. Er lebt nicht; er dämmert nur dahin.“

Weiter ist es die Furcht vor dem Arbeitgeber, die vom Eintritt in die Gewerkschaft abhält. Ihre erbärmliche wirtschaftliche Lage durch Generationen hindurch hat auch bei vielen Arbeitnehmern ein ausgeprägtes Minderwertigkeitsgefühl hervorgezogen. Das sind die, welche jede Ungerechtigkeit und Härte ruhig einstecken, weil sie viel zu scheu, ängstlich und bescheiden sind, überhaupt etwas anderes als Fußtritte vom Leben zu er-

warten. Es fehlt ihnen, um mit Alfred Weber zu sprechen, das Selbstvertrauen, um „ihr eigenes Los mit eigener Kraft gestalten“ zu wollen; sie haben sich innerlich damit abgefunden, „den gekrümmten Buckel gegenüber ihren Herren nicht mehr gerade recken“ zu können.

Und endlich kommen wir zum letzten wahrhaft unanständigen, verächtlichen Motiv: Viele Arbeitnehmer bleiben den Organisationen aus schlauer Berechnung fern. Sie sparen materielle Kosten und vermeiden persönliche Gefahren und seelische Not, weil sie wissen, daß ihnen alle von den Organisationen erkämpften Vorteile sowieso zuteil werden. Zusammenfassend kann man sagen, die seelischen Gründe der Unorganisierten deuten weniger auf einen Intellekt- als Charaktermangel hin.

Der Artikel der „Berksmeister-Zeitung“ schließt mit folgenden treffenden Worten: „Die Unorganisierten sind in den Augen der Gewerkschaftsmitglieder mit Recht Menschen ohne Solidaritäts-, ohne Gemeinschaftsgefühl, Streikbrecher in Permanenz. Ihre Erziehung muß deshalb mit Energie und ohne Blacéhandschuhe betrieben werden. Denn die Mängel der Unorganisierten liegen, um es nochmals zu sagen, weniger in ihrem Intellekt als in ihrem Charakter. Und der ist bei Erwachsenen nur mit einigen Härten zu bessern.“

Kommt der Europa-Paß?

Wir europäisieren. Gewiß, ein schlechtes Wort, aber es drückt schlagwortartig die Bewegung zur Ueberwindung der zwischenstaatlichen Schikanen am besten aus. Zu diesen schlimmsten Schikanen gehört auch das zwischenstaatliche Paßwesen, das jedes Reisen zur Qual macht. Wir sind erst am Anfange, und noch erleichtert uns kein europäischer Paß das Reisen durch ganz Europa, aber daß schon der Gedanke der Schaffung eines solchen internationalen PASSES erwogen wird, daß man darüber nachdenkt, wie man den internationalen Reiseverkehr erleichtern kann, ist schon ein Schritt zur Ueberwindung zwischenstaatlicher Kleinlichkeiten.

Langsam bildet sich der europäische Staatsbürger. In dieser Bildung nimmt die Schaffung eines Europa-PASSES einen bedeutenden Anteil. Sind es auch minder wichtige Regelungen, so ergibt aber das Viele dieser Kleinigkeiten einen Zustand des Hinüberwachsens in den europäischen Staat. Es wird nicht auf einmal geschaffen, sondern er bildet sich langsam, und jedes Steinchen trägt zum Bau dieses Staates bei. So auch der Europa-Paß, der das internationale Reisen wesentlich erleichtert, in jedem Reisenden das Gefühl lebendig werden läßt, Bürger Europas zu sein, und nicht Bürger von Sachsen und Oldenburg, die alle ihre eigenen Pässe ausstellen, da noch nicht einmal eine reichsgesetzliche Regelung des deutschen Paßwesens besteht. Wie einst die tausend Binnenzölle in Deutschland verschwanden, so wird auch das verzettelte Paßwesen verschwinden und den Weg freimachen zum Europa-Paß, der als Anregung von einer französischen Reisegeellschaft ausgeht und von deutschen Reisegeellschaften freudig aufgegriffen wird. Die Schaffung des Europa-PASSES hat nicht nur einen Wert als Erleichterung des europäischen Reiseverkehrs, sondern auch einen eminent politischen Wert.

So schnell wird der Europa-Paß nicht kommen, denn zu groß sind noch die außenpolitischen Schwierigkeiten, aber der ständige Hinweis auf die Schaffung eines solchen, der nicht nur Vergnügungsreisenden allein zugute käme, sondern vor allem der wirtschaftlichen, politischen, wissenschaftlichen und kulturellen Welt, muß nun auch die Aufgabe der Presse und der öffentlichen Meinung sein. Welche Vorteile allein schon die Presse hätte, wenn dieser Europa-Paß eingeführt wäre, wissen die Zeitungen selbst am besten, die für ihre Berichterstatter alle Paßschikanen zu überwinden haben.

Aber auch für die Arbeiterschaft wäre die Schaffung eines solchen Europa PASSES von großem Vorteil. Erstens für unsere Delegierten zu großen internationalen Kongressen, für die Arbeiter selbst, die sich heute an den großzügigen Ferienreisen ins Ausland beteiligen können und die immer noch mit den Paßschikanen zu kämpfen haben. Ganz zu schweigen von der riesigen Belebung des Fremdenverkehrs, der durch das Fortfallen der zwischenstaatlichen Pässe gestärkt würde. Weiß man doch, daß sehr viele Reisende von ihrer Vergnügungs- und Ferienreise nur durch die Paßschikanen zurückgehalten und durch die Schaffung des Europa PASSES zu Auslandsreisen ermuntert werden.

Die Anregung des von einigen Reisebureaus muß aufgegriffen werden, und die Forderung nach Schaffung des

Europa-PASSES Allgemeinforderung werden. Er bringt erstens die europäischen Völker in nähere Beziehungen, stärkt dann das europäische Staatsbürgerbewußtsein und räumt Schranken hinweg, die immer noch völkerverheidend wirken können bei nationalstiftischer Ausnützung.

Deshalb: Herbei mit dem Europa-Paß!

Rundschau

Nach der Annahme des Streikbrechergesetzes in England

(GB.) Mit 354 gegen 139 Stimmen ist das englische Streikbrechergesetz vom Unterhaus angenommen worden. Die Vorlage geht nun an das Oberhaus, dessen Tory-Mehrheit ohne Zweifel dafür sorgen wird, daß es ungefähr in der jetzigen Form in Kraft tritt. In einem Leitartikel zur Annahme im Unterhaus sagt der „Daily Herald“ zum Schluß: „Nie war es nötiger, einen entschlossenen Versuch zu unternehmen, um jene politische Macht zu erringen, die das ungeschickte machen kann, was nun die Tories taten, und um dafür zu sorgen, daß ihre Zukunftspläne vereitelt werden. In diesem Sinne sind zwei Dinge notwendig: eine 100prozentige gewerkschaftliche Organisation, die imstande ist, die gesetzlichen Hindernisse des Streikbrechergesetzes zu überwinden. Ferner die feste Ueberzeugung, daß die Macht des Stimmrechtes dazu verwendet werden kann, aus Großbritannien ein Land zu machen, in dem das Leben für einen Arbeiter erträglich ist.“

Genossenschaftliches

Geschichtliches von der Volksfürsorge

(Vor 15 Jahren)

Vom 17. bis 19. Juni 1912 tagte in Berlin der neunte ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. A. v. Elm behandelte in einem ausführlichen Referat die vorbereitenden Arbeiten zur Gründung der „Volksfürsorge“. Der Genossenschaftstag und der anwesende Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften gelobten solidarisches Zusammenarbeiten am gemeinsamen Werke.

Im selben Monat schon, am 12. Juni 1912, begann der frühere Generallandschaftsdirektor und spätere Rutschist Rapp die praktische Bekämpfung der im Entstehen begriffenen Volksfürsorge mit einem Vortrag in Dresden und leitete damit die Hetz- und Verleumdungskampagne gegen das Unternehmen der deutschen Arbeiterschaft ein. Trotz alledem ist die Volksfürsorge geworden: ein Wahrzeichen genossenschaftlicher und gewerkschaftlicher Selbsthilfe.

Lohn- und Tarifbewegungen

Aus der Zigarettenindustrie

Zu dem Streit in der Zigarettenindustrie zur Herbeiführung einer blühenden Regelung im Sinne der Arbeitszeitverordnung § 6 a ist vom Reichsarbeitsminister der Stadtrat a. D. Runze als Schlichter bestellt worden. Die Verhandlung findet am 6. Juli in Berlin, Reichsarbeitsministerium, statt. Ueber das Ergebnis werden wir in der nächsten Nummer des „Tabak-Arbeiter“ berichten.

Aus den Gauen und Zahlstellen

Elbing. Am Dienstag, 21. Juni, fand im Volkshaus eine Mitgliederversammlung statt. An Stelle der abgereisten Kollegin Tibor wurde die Kollegin Wilhelmine Krause als dritte Bevollmächtigte gewählt. Die am 1. Juli 1927 in Kraft tretenden Statutenänderungen wurden eingehend besprochen. Einleitend wurde darauf hingewiesen, daß ab 1. Juli eine Erhöhung der Unterstützungen bei Krankheit und Arbeitslosigkeit (falls unterstützungsberechtigt) eintritt. Für die Mitglieder, die noch den 25- $\frac{1}{2}$ -Beitrag zahlen, sei es an der Zeit, den Uebertritt in eine höhere Beitragsklasse zu vollziehen, um so den Verband finanziell zu stärken und sich, unter Berücksichtigung der gebotenen Vergünstigungen, im Notfall auch eine Unterstützung zu sichern. Im Sinne der Bekanntmachung des Vorstandes in Nr. 23 des „Tabak-Arbeiter“ wurde beschlossen, ab 1. Juli d. J. bei Krankheit und Arbeitslosigkeit einen Votalbeitrag in Höhe von 5 bzw. 10 $\frac{1}{2}$ pro Woche zu erheben. Kollege Baumhardt erläuterte dann die wichtigsten Bestimmungen des neuen Reichstarifes für die Zigarettenherstellung; besonders wichtig sei die Arbeitszeitregelung (Ueberstunden) sowie auch die Entschädigungsklausel bei Verarbeitung schlechten Rohmaterials. Klagen und Beschwerden können nur dann in zufriedenstellender Weise geregelt werden, wenn die Mitglieder sich über die Bestimmungen des Tarifes genau orientieren und von den tariflichen Rechten restlos Gebrauch machen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde den

streifenden Kollegen in Orsoy volle Sympathie und Unterstützung zugesichert. Nach Erledigung der Tagesordnung hielt Genosse Schulz einen kurzen instruktiven Vortrag über die Bedeutung der Arbeiterpresse. Für die am Orte erscheinende „Freie Presse“ bat er um kräftige Unterstützung und rege Mitarbeit.

Frankfurt a. M. In zwei Betriebsversammlungen nahmen die Mitglieder der Zigaretten-Frankfurt a. M. den Bericht der Kollegin Rauch (Wiesbaden), welche als Delegierte an der Reichskonferenz der Zigarettenarbeiter in Hamburg teilgenommen hatte, entgegen. In ausgiebiger Weise verband sie es, die wichtigsten Ausführungen der dort gehaltenen Referate und der damit verbundenen Aussprache wiederzugeben. In dieser Konferenz, so führte sie aus, sei es insbesondere für diejenigen Teilnehmer, die das erstmalige Gelegenheit hatten, an solch einer Tagung, wo die berufenen Vertreter der Zigarettenarbeiter Deutschlands versammelt waren, teilzunehmen, schwer, von der Entwicklung der Zigarettenindustrie, unter besonderer Berücksichtigung der gegenwärtigen Lage, das richtige Bild zu bekommen. Die gewaltige Zunahme der Produktion, die Vervollkommnung der Technik, die Entwicklung von den Klein- zu Großbetrieben bringe es mit sich, daß die Konzentration unaufhaltsam vorwärtsschreie. Unsere Aufgabe müsse es sein, all diese Vorgänge mit wachsamem Auge zu beobachten. Mit der Entwicklung der Technik sei auch die Arbeitsleistung der Arbeiter gefallen und die oftmals gestellten Anforderungen bewiesen dieses zur Genüge. Von unseren weiblichen Kollegen würde oft mehr, als über ihre Kräfte gehe, verlangt. Auf die Dauer sei es ein unhaltbarer Zustand, daß für unsere Kolleginnen der Höchstlohn erst mit 24 Jahren und darüber erreicht wird, es müsse bei den zukünftigen Lohnverhandlungen Wert darauf gelegt werden, diesen Höchstlohn schon mit 17 Jahren bekommen, wie dieses bereits in einigen Orten der Fall ist. Dabei dürfe natürlich nicht außer Betracht gelassen werden, daß das Lohnniveau im allgemeinen gehoben und den gesteigerten Arbeitsleistungen angepasst werden müsse. Kollegin Rauch sprach dann noch über die Arbeits- und Ferienfrage und berichtete anschließend über die Besichtigung der beiden Großbetriebe Reemtsma und Neuerburg. Ihre Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen und die Beschlüsse der Reichskonferenz von allen Vertretungsteilnehmern einstimmig gebilligt.

Verbandsteil

Am 9. Juli ist der 28. Wochenbeitrag fällig

Vindcar-Fahrräder

Um mehrfachen Anfragen zu genügen, teilen wir nochmals mit: Bestellungen auf Vindcar-Fahrräder nehmen die Ortsausschüsse des V.D.G.B. entgegen, bei welchen auch Bestellformulare und Kataloge erhältlich sind. Der Versand der Räder erfolgt verpackungs- und frachtfrei direkt ab Fabrik an die Adresse des Bestellers.

Anfragen bei uns in Bremen sind zwecklos, da wir keine Bestellformulare usw. im Besitz haben.

Folgende Gelder sind eingegangen

20. Juni. Regensburg 118.60.
 22. Reichenbach 20.—, Vahr 160.—.
 24. Nordheimern 150.—, Fränkisch-Crumbach 70.—, Frantenstein 85.09, Kaiserslautern 200.—.
 25. Gengenbach 100.—, Breslau 100.—, Uetersen 90.—, Bieberach 55.—, Lauffen 70.—, Gögging 40.—, Soest 50.—, Heilbronn 400.—, Wittenberge 150.—, Heidelberg 100.—, Heidingsfeld 30.—, Neufal 75.—, Bielefeld 200.—.
 26. Hamburg 5000.—, Lachen 100.—.
 27. Hamburg 400.—, Eichwege 500.—, Zerbst 80.—, Rothensiefeln 97.—, Guben 45.—, Bernburg 60.—, Menzingen 150.—, Kirrlach 25.—, Michelsheld 61.60, Waldheim 150.—, Glauchau 10.—, Wiesenthal 41.70, Ulm 75.—, Bentzen 100.—, Gießen 100.—, München 346.84.
 28. Frankenberg 500.—, Bischofswerda 150.—, Berlin 1000.—, Heidelberg 200.—, Mannheim 100.—, Achen 200.—, Spenge 130.—, Celle 44.04, Cammerforst 50.—, Minden 300.—, Geldern 50.—, Hördt 63.95, Köln 100.—.
 29. Hannover 200.—, Lübbecke 750.—, Halberstadt 300.—, Geesthacht 50.—, Hanau 40.95, Steinbach-Hallenberg 400.—, Brake 100.—, Gifhorn 25.—, Cottbus 71.32, Speyer 200.—, Brotterode 1000.—, Heidelberg 100.—, Goldscheuer 33.46, Wansee 100.—, Teningen 100.—.
 30. Wippenhausen 400.—, Berlin 500.—, Mtsfeld 75.16, Wohlau 140.—, Bienenbach 91.64, Ditterode 77.—, Neudamm 50.—, Motho 200.—, Schöned 500.—, Lunzenau 50.—, Heidelberg 100.—, Rusterhausen 40.—, Bunde 900.—, Wien 15.—, Begeiad 15.—, Ruppur 100.—, Baden-Baden 250.—, Kaiserslautern 58.50, Stuttgart 69.48, Lahrbach 131.76, Götting 300.—, Priesus 15.—, Herford 125.—, Rutenhausen 25.—, Penig 30.—, Neumarkt in Schl. 60.—, München 1000.—.

Bremen, den 1. Juli 1927

J. Krohn

Als verloren gemeldet wurden

- Mitgliedsbuch S III 25 608 Luise Robus, geb. 10. 10. 91 in Brotterode, eingetreten am 21. 4. 19.
 Mitgliedsbuch S IV 27 836 Anna Ledermann, geb. 10. 1. 02 in Lützen, eingetreten am 1. 7. 22 (217 38 27).
 Mitgliedsbuch S II 112 092 Emilie Fieder, geb. Gladan, geb. 22. 11. 92 in Erlang, eingetreten am 2. 12. 18 (218 39. 27).

Gesucht werden

Tüchtige, ledige Sortierer für größerem Betrieb für dauernde Beschäftigung nach Thüringen. Nachfragen bei Richard Gerloff, Dresden-N., Magstraße 13, III.

Briefkasten: Halle a. d. S. 5.— A.

Gestorben sind:

- Am 25. Mai der Zigarettenmacher Mag Päsler, 7 Jahre alt (Zahlstelle Bischofswerda).
 Am 14. Juni der Zigarettenarbeiter Adolf Löffler, 67 Jahre alt (Zahlstelle Bremen).
 Am 14. Juni der Zigarettenarbeiter Paul Hofmann, 69 Jahre alt (Zahlstelle Freiberg i. S.).
 Am 18. Juni die Baderin Dorothea Winkel, 22 Jahre alt (Zahlstelle Berlin).
 Am 21. Juni die Zigarilloarbeiterin Clara Ehler, 56 Jahre alt (Zahlstelle Hamburg).
 Am 30. Juni der Sortierer Albert Apel, 69 Jahre alt (Zahlstelle Bremen).

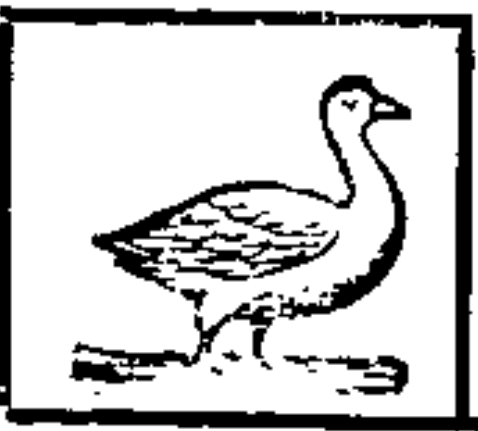
Ehre ihrem Andenken!

Rauchen verboten!

Schnupft Lozbeck!

1774

Billige, böhmische Bettfedern



1 Kilo graue, geschlossene G.-M. 3.—, halbweiße G.-M. 4.— weiße G.-M. 5.—, bessere G.-M. 3.—, 7.—, daunenweiße G.-M. 8.—, 10.—, beste Sorte G.-M. 12.—, 14.—, weiße ungeschlossene Rupffedern G.-M. 7.50, 8.50, beste Sorte G.-M. 10.—. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes 245 b. Pilsen-Böhmen

Brauchen Sie eine

Schreibmaschine?

Lassen Sie sich die



vorführen. Sie entscheiden sich sicher für diese, denn Sie haben an der „Kappel“ einzigartige Vorzüge:

Geräuschloser Wagenrücklauf
Zwangweise Großbuchstabensperre

Maschinenfabrik Kappel A. G.

Chemnitz-Kappel

Gegründet 1896.

Gibt ausgelesene

„Tabak-Arbeiter“

zu Agitationszwecken an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter!

Unsern lieben Kollegen

Paul Krause

und dessen Ehefrau

die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer am 10. Juli stattfindenden

silbernen Hochzeit

Die Kolleginnen und Kollegen der Zahlstelle Halle a. d. Saale.